

Bericht der Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann

20. Juni 2003

- Es gilt das gesprochene Wort -

1. ÖKUMENE

1.1 Äthiopien

1.2 Weltsozialforum

1.3 Ökumenischer Kirchentag

2. HAUS KIRCHLICHER DIENSTE

3. EINZELPUNKTE

3.1 Reformdebatte

3.2 Krisenplan

3.3 Beteiligung: KDV und DSW

3.4 Adventskampagne

3.5 Kontinuierliche Themen

3.5.1 Friedhofskultur

3.5.2 Würde im Alter

3.5.3 Kopftuchstreit

3.5.4 Feiertage

1. Ökumene

1.1 Äthiopien

Im Januar diesen Jahres habe ich über das Hermannsburger Missionswerk (ELM) Äthiopien besucht. 75 Jahre ist es her, dass die ersten Missionare dort erst in Addis Abeba und später in Aira und Tschallia ankamen. So konnten wir zunächst in Addis Abeba offiziell den Festakt zum Jubiläum begehen, die Mekane-Yesus-Kirche besuchen und viele Gespräche führen: mit dem Patriarchen Paulos der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (den ich bereits aus Begegnungen im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen gut kenne), mit Regierungsvertretern und Missionarsfamilien. In den Gesprächen wurde sehr deutlich, wie aus der Geschichte der ersten Missionare eine Partnerschaftsbeziehung gewachsen ist. Eine Beziehung, in der heute gegenseitiges Lernen angesagt ist. Nehmen wir als Beispiel den Umgang mit den charismatischen Bewegungen. Auch in Äthiopien wächst die Pfingstbewegung, und die Frage ist, inwieweit charismatische Elemente in den lutherischen Gottesdienst integrierbar sind, und wo es Grenzen gibt. Offensichtlich ist die Mekane-Yesus-Kirche eine äußerst schnell wachsende Kirche. Kaum ist es möglich, mit der Ausbildung von Pastorinnen und Pastoren nachzukommen. Wie aber kann diese Ausbildung so geschehen, dass die Ordinierten theologische Kriterien an der Hand zu haben, die unterscheiden helfen, was gut ist und dem Aufbau der Gemeinde dient? Das sind Fragen, die uns gemeinsam beschäftigen.

Als ich mit einem Kleinflugzeug nach Aira flog, fragte ich mich, wie stark das Gefühl des eigenen Auftrags gewesen sein muss, das Menschen vor 75 Jahren aus der Lüneburger Heide weit in den Westen Äthiopiens hat reisen lassen, um das Evangelium zu verkündigen und Gemeinden aufzubauen. Dramatische Lebensläufe gibt es da, wie beispielsweise den des Missionars Dietrich Wassmann, der 1928 mit seiner Frau in Aira ankam. Als die Italiener 1935 einmarschierten, musste die Familie von Aira über den Sudan fliehen. 1938 konnte Wassmann nach Addis zurück kehren, musste aber fast ein Jahr auf eine Reiseerlaubnis nach Westen warten. 1941 wurden die Deutschen in Äthiopien in Gewahrsam genommen, ihre Familien nach Deutschland deportiert. Als letzten Akt ordinierten Wassmann und Missionar Rathje den jungen Äthiopier Dafaä Jammoo zum Pastor. 1951 konnte Wassmann zurückkehren und sehen, dass die Mission auf überwältigende Weise Früchte getragen hatte. Wassmann starb 1954 in Äthiopien. In Addis Abeba haben wir sein Grab besucht – ein Leben für die Mission, das auch seine Frau und seine Kinder unendliche Kraft gekostet hat. Besonders habe ich mich gefreut, die Ehefrau von Kes Dafaä Jammoo zu treffen. Sie ist in den Achtzigern und erinnert sich gut an die ersten Missionare. Mir wurde bei ihr noch einmal deutlich, dass die Weltgeschichte sie wenig berührt hat. Sie sagte: Die Weißen kamen und gingen, und wir haben hier am Ort versucht, das Evangelium zu verkündigen. Dass es der Erste, der Zweite Weltkrieg waren, die das Kommen und Gehen bestimmt haben, das war für sie nicht relevant.

Was bedeutet dieser missionarische Auftrag für uns heute? Einerseits ist sicher klar, dass die Mekane Yesus-Kirche ihren eigenen Weg gehen muss und auch bereits gegangen ist. Sie ist aber aus der Geschichte heraus unsere Partnerkirche, und es ist deutlich geworden, wie wichtig ihr diese Verbundenheit ist. Zum

anderen fragt uns die äthiopische Erfahrung, was das Bezeugen des Evangeliums in unserem eigenen Land bedeutet. Und was ist die Rolle und Aufgabe des Hermannsburger Missionswerkes heute? Da gibt es die traditionellen Missionsgemeinden bei uns, die sich in einem Prozess des Umdenkens befinden von den ehemaligen Missionsgebieten hin zu einer Mission, die nicht mehr als Einbahnstraße zu verstehen ist. Was die Hermannsburger Missionare in Äthiopien jedenfalls tun, ist heute Teil einer Partnerschaftsbeziehung unserer Landeskirche, auch wenn es hier und da Spannungen gibt. Was unser Missionswerk als Ganzes leistet, ist längst Ausdruck einer Ökumene der Mission, in der sowohl die Verkündigung des Evangeliums und als auch die Umsetzung des „Konziliaren Prozesses“ gemeinsam Gestalt annehmen.

Sehr gut sehen konnten wir das in Aira und Tschallia. In Tschallia beispielsweise wird in vielen kleinen Schritten versucht, ein Wiederaufforstungsprogramm durchzuführen. 394 Hektar Wald wurden bereits in der Umgebung von Tschallia angepflanzt, über eine Millionen Setzlinge wurden dazu gezüchtet. Erste Erfolge sind erzielt, das Klima hat sich in der Umgebung leicht verbessert. Noch immer aber gilt es, das Vertrauen der Menschen vor Ort zu gewinnen, auch nach 75 Jahren Anwesenheit. Und so ist es sicher richtig, dass die Projektleitung in die Hände eines Äthiopiens übergegangen ist, bei dem die Hermannsburger Mitarbeiter sind. Sehr überzeugend fand ich auch ein Projekt, bei dem Häuser mit in der Sonne gebrannten Backsteinen gebaut werden. Das hat zwei Vorteile. Zum einen zerstören die Termiten nicht mehr von innen die Häuser, indem sie das Holz, das die Lehmwände stabilisiert, zerfressen. Zum anderen wird kein Holz zum Brennen der Backsteine benötigt. Kleine Schritte vor Ort, die relevant sind für das Leben der Menschen, aber nur gemeinsam und vor Ort entwickelt werden können. Und in Aira, da ist es wichtig, dass im Ausbildungszentrum tatsächlich Theologie gelehrt wird, zum Teil mit Korrespondenzkursen für mehrere hundert Teilnehmende im weiten Umfeld. Wie anders kann ein theologisches Urteil beispielsweise mit Blick auf die charismatischen Bewegungen entstehen (s.o.), als durch solide Ausbildung? All das sind die Mühen der vielen kleinen Schritte.

Und solche Schritte sind dringend notwendig, beispielsweise mit Blick auf die Frauen. Ein Mann sagte: „Solltest du an die Wiedergeburt glauben, dann tu alles, dass du nicht als Esel oder Frau in Äthiopien wiedergeboren wirst!“ Und das konnten wir bei den Frauen erleben. In Aira, in dem Krankenhaus, das aus kleinsten Anfängen zu dem zentralen Krankenhaus der Umgebung geworden ist, war auf der gynäkologischen Station eine Frau, deren 9. Kind quer lag. Nach zwei Tagen Wehen wurde sie mit einem achtstündigen Marsch auf einem Esel gebracht. Das Kind war tot, die Frau hatte so viel Blut verloren, dass der Arzt meinte, es stehe 50:50 für sie...

Oder die jungen Frauen. Sie sind schlecht ernährt, ihr Becken nicht gut entwickelt. Wenn sie dann mit 14 oder 15 Jahren schwanger werden, hat der Kopf des Kindes nicht genügend Raum bei der Geburt. Selten überlebt das Kind, und meistens hat die Frau einen Riss in Uterus und Blase. Dadurch verliert sie permanent Urin, sie riecht und ist nicht länger ein gern gesehenes Mitglied der Dorfgemeinschaft. Ein Krankenhaus in Addis Abeba hat sich jetzt auf diese Blasenrisse spezialisiert. Aber woher soll ein junges Mädchen in Wollega das wissen oder auch über mehr als 500km dorthin gelangen?

Getroffen habe ich mich auch mit den Frauenvertreterinnen aus allen Kirchenkreisen. Sie haben mir noch einmal ganz stark das Thema Genitalverstümmelung ans Herz gelegt. Überall versuchen sie in Programmen vor Ort dieses Thema auf die Tagesordnung zu bringen. Eine Kreissynode hat inzwischen erklärt, dass Genitalverstümmelung von Mädchen und christlicher Glaube nicht vereinbar seien. Das scheint erste Wirkungen zu zeigen. Zudem wird durch die Rasiermesser, die nicht genügend gereinigt werden, bei der „Beschneidung“ immer wieder AIDS übertragen. Die Frauen sind in der Mekane-Yesus-Kirche mit ihrer Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit auf unsere Unterstützung angewiesen. Ich bin dankbar, dass zwei Mal die Kollekte der Dekadegottesdienste für sie zur Verfügung stand. Sie hoffen auf weitere Unterstützung, damit sie selbst die Gespräche führen können, die niemand von uns an ihrer Stelle führen kann!

Überhaupt AIDS! Äthiopien steht in einer entscheidenden Phase. Die Infektionsrate liegt offiziell bei 6,4% der erwachsenen Bevölkerung (2,1 Millionen Menschen). In Kenia sind es 15%, in Simbabwe 33,7%. Viele sagen, wenn Äthiopien jetzt gezielte Maßnahmen ergreife, sei eine Ausbreitung wie in Kenia oder Simbabwe noch zu verhindern. Aber wie? Uganda hat gezeigt, dass mit einer Kombination aus Information, Aufklärung und Behandlung eine weitere Ausweitung verhindert werden kann. Dort konnte die Infektionsrate auf 5% gesenkt werden. Werden die äthiopischen Kirchen kooperieren? Im Gespräch mit den Frauen jedenfalls war das Thema Kondom ein sehr schwieriges. Die Kirche wirbt für Enthaltensamkeit. Das ist sicher richtig und gut. Angesichts der Realität aber wird das Thema Kondome aufgegriffen werden müssen. Menschen brauchen Informationen zum Schutz vor Infektion und die bereits Infizierten müssen Informationen über Behandlung und Begleitung erhalten, damit sie sich nicht selbst aufgeben. Noch einmal möchte ich anregen, dass sich unsere Landeskirche dem Aktionsbündnis gegen AIDS anschließt. Zudem hat UNAIDS ein Hintergrundpapier erstellt, auf dessen Grundlage AIDS bei den vielen Besuchsprogrammen thematisiert werden könnte.

Sehr dankbar war ich, dass ich auf dieser Reise einige Strecken gemeinsam mit Missionsdirektor Lüdemann zurücklegen konnte. Er hat das Missionswerk in den vergangenen 16 Jahren entscheidend geprägt, Vertrauen aufgebaut, Beziehungen entwickelt und vertieft. Am kommenden Wochenende wird er während des Missionsfestes in Hermannsburg in den Ruhestand verabschiedet werden. Im Namen unserer ganzen Landeskirche möchte ich ihm herzlich für seinen Einsatz danken und ihm und seiner Frau eine gesegnete Zeit im neuen Lebensabschnitt wünschen. Ebenso will ich die Gelegenheit nutzen, Pastorin Helmer-PhamXuan zu ihrer Wahl zur Nachfolgerin von Direktor Lüdemann zu gratulieren. Erstmals ist damit eine Frau Direktorin unseres Missionswerkes. Sie bringt viele gute Voraussetzungen für das Amt mit, und ich wünsche ihr und ihrer Familie in Hermannsburg ebenfalls Gottes reichen Segen.

1.2 Weltsozialforum

Auf Einladung des Evangelischen Entwicklungsdienstes in Bonn bin ich im Januar ebenfalls zum Weltsozialforum nach Porto Alegre gefahren. (Keine Angst, den Rest des ersten Halbjahres habe ich unsere Landeskirche nicht mehr verlassen!) Es war das dritte Weltsozialforum. 2001 fand es zum ersten Mal statt als eine Art Gegenbewegung zum Weltwirtschaftsforum in Davos. Erste Ideen hierzu entstan-

den bei einem Treffen in Belgien 1996, ein erstes „Anti-Davos-Ereignis“ fand 1999 statt. Einzelpersonen haben dann die Idee zu einem Weltsozialforum in Porto Alegre entwickelt. Vor allen Dingen die großen zivilgesellschaftlichen Organisationen Brasiliens haben in einem Organisationskomitee die strukturellen Voraussetzungen geschaffen. Porto Alegre erschien als geeigneter Ort, hat sich doch in dieser Stadt vieles durch Beteiligung der Bevölkerung positiv verwandelt. Ich denke beispielsweise an den jährlichen partizipatorischen Haushaltsentwicklungsprozess, der in 16 verschiedenen Bereichen der Stadt durchgeführt wird und ermöglicht, dass Haushaltsentscheidungen tatsächlich auch durch die Bevölkerung fallen.

Das erste Weltsozialforum Ende Januar 2001 brachte mehr als 10.000 Menschen zusammen, 5.000 von ihnen von außerhalb Brasiliens. Das zweite Forum im Januar 2002 versammelte bereits 55.000 Beteiligte, hieran schlossen sich regionale Foren auf den unterschiedlichen Kontinenten an. Das Weltsozialforum 2003 schließlich vereinigte mehr als 100.000 Menschen.

Beeindruckend war, dass die Teilnehmenden nicht einfach in einer Art Gegnerschaft zu Davos zusammenkamen, sondern sich die unterschiedlichsten Gruppierungen mit Vor-Ort-Expertise zu Themen wie Handel, Arbeit, transnationale Konzerne, Wasser, AIDS, Ureinwohner, Medien, Militarisierung etc. in Arbeitsgruppen und Großveranstaltungen austauschten und Zukunftsperspektiven entwickelten. Mein erster Eindruck war: ein großer weltweiter Kirchentag, nur mit geringfügiger Beteiligung der Kirche. Teilweise war auch die Organisation durchaus chaotisch, so dass jeden Tag geguckt werden musste, was eigentlich stattfand. Dass aber überhaupt mit so minimaler Organisation ein solches Ereignis bewältigt wurde, dafür meine Hochachtung!

Das Weltsozialforum legt deutlichen Wert darauf, keine Einzelpersonen in den Vordergrund zu stellen und auch keine Staatsführer zu Vorträgen zu bitten. Trotzdem war der unbestrittene Höhepunkt die Rede von Präsident Lula im Stadion von Porto Alegre. Bewegend für alle Beteiligten, was es bedeutet, wenn ein neu gewählter Staatspräsident in klaren Worten skizziert, dass sein Regierungsziel Nahrung, Obdach, Bildung und ärztliche Versorgung für alle ist. Dass Präsident Lula von dort nach Davos flog, um seine Ziele auch mit den Wirtschaftsmächtigen zu beraten, haben ihm manche in Brasilien übel genommen. Dieser Vorgang zeigt aber bereits eines der Probleme des Weltsozialforums. Es will Bewegung bleiben, dezidiert keine strukturierten Formen annehmen, keine „Stars“ haben. Und dennoch ist es so, dass nicht nur Lula, sondern auch andere eine ungeheure Anziehungskraft als Personen hatten und natürlich die Frage ist, wie die vielen Ideen in Strukturen eingebracht werden müssen, damit die Welt verändert werden kann.

Mich persönlich hat sehr bewegt, dass es in Porto Alegre so viel Hoffnung und Visionen gab. Das Motto „Eine andere Welt ist möglich“ ist ja in der Tat ein Hoffnungsthema. Meines Erachtens gehören die Kirchen mitten in diese Globalisierungsbewegung von unten hinein. Die Fragen der Gerechtigkeit, der Armut, der Überwindung des Hungers, von AIDS, sie sind doch auch Fragen und Themen unserer Kirche. Und wir sind „local actor“ und „global player“ zugleich. Οικουμενη bedeutet ja auch: es geht um den ganzen bewohnten Erdkreis. Die Beteiligung der Kirchen am Weltsozialforum war m.E. viel zu gering, ich denke, wir sollten uns hier

wesentlich intensiver beteiligen. Die kleine evangelisch-lutherische Kirche Brasiliens jedenfalls hat in Porto Alegre Enormes geleistet.

Als ich wieder zurück nach Deutschland kam, war mir die latent depressive Diskussion, die manchmal den Anschein macht, als stehe unser Land kurz vor dem Zusammenbruch, besonders auffällig. Es konnte kaum einen krasserer Gegensatz zu den Aufbruchs- und Hoffnungsthemen von Porto Alegre geben. Das nächste Weltsozialforum wird in Indien stattfinden - ein Wagnis! Ich hoffe sehr, dass die Kirchen sich intensiv daran beteiligen werden.

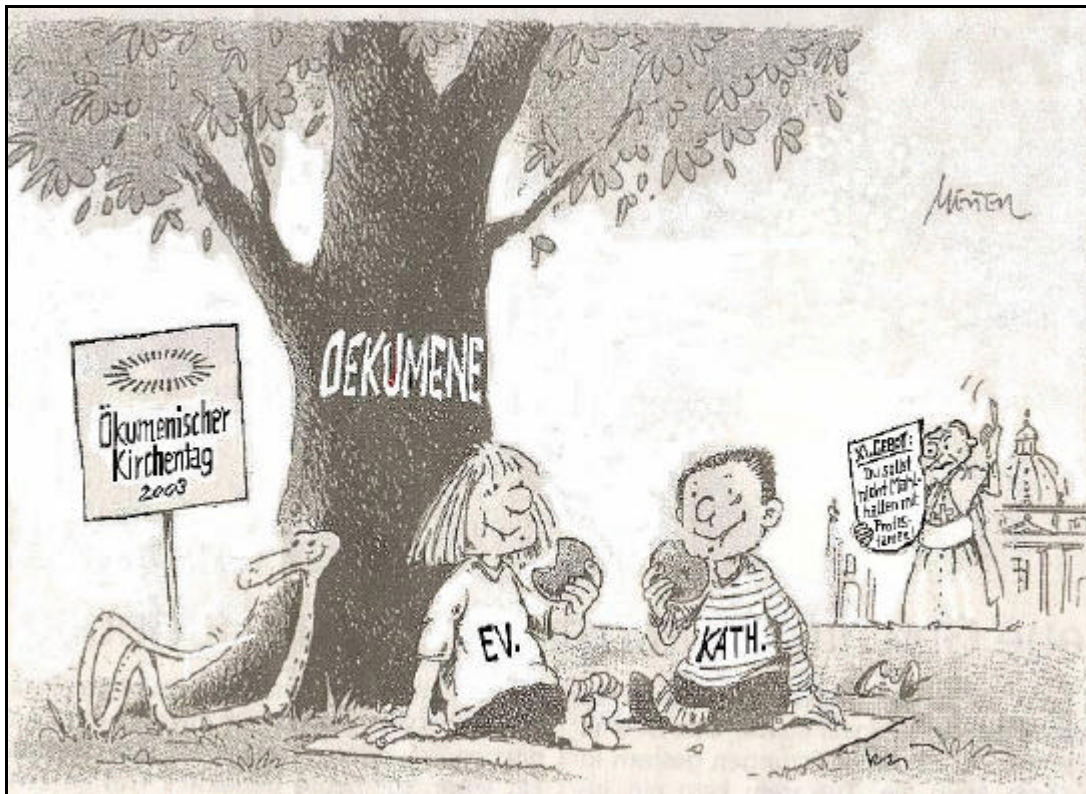
1.3 Ökumenischer Kirchentag

Noch keine vier Wochen ist der Ökumenische Kirchentag (ÖKT) her. Er war ein großes und bereicherndes Ereignis. Allein die Zahlen sind beeindruckend: 191.814 Dauerteilnehmende, 40.845 Mitwirkende, 5.400 Gäste aus 90 anderen Ländern, 2.300 Veranstaltungen. 140.000 Menschen beim zentralen Eröffnungsgottesdienst, 400.000 beim Abend der Begegnung und 200.000 beim Schlussgottesdienst. 62,7% Protestanten und 36,2% Katholiken. Ich denke, die Zahlen und die ökumenische Aufbruchstimmung in Berlin allein schon rechtfertigen diesen Kirchentag. Beeindruckend war, wie konzentriert große Hallen theologischen Debatten folgten. Ja, der ÖKT war ein großartiger Erfolg. Dieses will ich vorweg stellen, bevor ich ganz wenige kritische Bemerkungen mache:

Mich hat etwas irritiert, wie stark das ordinierte Amt bzw. die Bischofsämter im Vordergrund standen. Es handelt sich beim Kirchentag wie beim Katholikentag um eine Laienbewegung. Das ist in Berlin etwas in den Hintergrund getreten.

Vermisst habe ich den Markt der Möglichkeiten. Die „Agora“ hatte ein anderes Konzept, die Darstellung kirchlicher Verbände stand im Vordergrund. Die Streitkultur des Marktes der Möglichkeiten ist ganz gewiss ein Kennzeichen evangelischer Kirchentage. In meiner Zeit als Generalsekretärin hatte ich deswegen manche Auseinandersetzung auszustehen, würde aber energisch dafür plädieren, den Markt als Kennzeichen evangelischer Kirchentage beizubehalten.

Sehr deutlich wurde, wie stark gerade auch das katholische Kirchenvolk das gemeinsame Abendmahl wünscht. Für viele der katholischen Bischöfe war es sehr schwer, mit den Lehrvorgaben aus Rom dagegenzuhalten. Was heißt versöhnte Verschiedenheit? Kann nicht doch das Leuenberger Konkordienmodell einen Weg anbieten? Nachdem auch ökumenische Institute deutlich erklärt haben, eine zumindest gastweise gegenseitige Einladung zum Abendmahl sei theologisch möglich, ist die Suspendierung von Pfarrer Kroll nach seiner Teilnahme an einem evangelischen Abendmahl umso bedrückender. Ich wiederhole, dass ich dies für ein „ökumenisches Trauerspiel“ halte, da Pfarrer Kroll etwas öffentlich vollzogen hat, was an vielen Orten in Deutschland und darüber hinaus geschieht und ganz gewiss dem Wunsch derer entspricht, die in Berlin anwesend waren. Zudem haben die Diskutierenden deutlich gemacht, dass Lehrfragen von Laien durchaus verstanden und artikuliert werden können.



Mir hat natürlich das Feierabendmahl und das Abendmahl beim Schlussgottesdienst gefehlt. Aber: es war eben ein ökumenischer Kirchentag. Die Zeremonie des Erinnerns an die eigene Taufe mit dem Weiterreichen von Wasserschalen und dem gegenseitigen Bekreuzigen war ein angemessener und durchaus bewegender Akt. Zumindest können wir uns auf dieses Sakrament gemeinsam beziehen. Nun allerdings zu erklären, die gesamte theologische Diskussion solle bei der Taufe wieder anfangen, lässt mich ein wenig müde werden. Seit 1927 diskutiert die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung unter Beteiligung von Protestanten, Orthodoxen, und Katholiken die Fragen von Kirche, Taufe, Abendmahl und Amt. Manches Mal denke ich, wir sollten vielleicht eine Art Moratorium in Lehrfragen einlegen und sehen, wie weit die Praxis trägt.

Einer der schönsten Augenblicke beim Ökumenischen Kirchentag war für mich, im Schlussgottesdienst in einer Minute nach Hannover einzuladen. Und in der Tat habe ich *alle* eingeladen, weil ich mich freuen würde, wenn dieser evangelische Kirchentag eine erkennbar ökumenische Dimension hätte. Der 30. Deutsche Evangelische Kirchentag ist also nun schon konkreter vor Augen. Unsere Arbeitsstelle hat ihre Arbeit aufgenommen, den Berliner Kirchentag intensiv begleitet und wird am 8. Juli um 17 Uhr in der Marktkirche mit einem Festgottesdienst eingeführt. Ich bin sehr gespannt auf die Akzente, die dieser Kirchentag setzen wird. So ganz einfach ist das sicher nicht zu gestalten nach einem so erfolgreichen ökumenischen Kirchentag. Ausdrücklich bestärke ich den Kirchentagspräsidenten Eck-

hard Nagel in seiner Idee, den Kirchentag nach Weltwirtschaftsforum und Weltsozialforum nun zu einer Art Weltökumeneforum zu machen. Es wäre ein schönes Kennzeichen, wenn auch die weltweite Dimension von Ökumene ein zentraler Angelpunkt wäre.

Diskutiert wird nun bereits, ob und wann wiederum ein ökumenischer Kirchentag stattfinden solle. Ich denke, der überwältigende Erfolg von Berlin hat das „ob“ beantwortet. Hinsichtlich des „wann“ halte ich die jetzt diskutierten fünf Jahre für einen zu engen Zeitrahmen. Das gilt zum einen mit Blick auf die enormen Herausforderungen allein in organisatorischer Hinsicht. Seit 1996 war dieser ÖKT geplant worden. Und es gilt auch in inhaltlicher Hinsicht. Gibt es alle fünf Jahre einen ökumenischen Kirchentag, werden evangelische Kirchentage und Katholikentage hinfällig. Die Klärung und Darstellung des je eigenen Profils – bei offener Einladung zur Teilnahme an alle! – kann aber durchaus Sinn machen. Und auch der Wechsel des Ortes, denn es können neben Berlin wohl allenfalls noch Köln oder München ein derartiges Großereignis verkraften. Kurzum: ich plädiere für ökumenische Kirchentage alle zehn Jahre und jetzt freuen wir uns erst einmal auf den 30. DEKT im Mai 2005 in Hannover! Die Einladungskarten, die nach dem Schlussgottesdienst in Berlin verteilt wurden, finden Sie auf Ihrem Tisch...

4. Haus Kirchlicher Dienste

In der Zeit vom 8. Januar bis zum 12. Juni 2003 habe ich das Haus Kirchlicher Dienste (HKD) visitiert. In dieser Zeit haben insgesamt 16 Gespräche stattgefunden, sowohl mit der Leiterin, dem Leitungsausschuss, der Referentenkonferenz und dem Kuratorium als auch mit der Abteilung Projekte und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Mitarbeitervertretung. Den Schwerpunkt der Gespräche bildeten jeweils dreistündige Besuche in den acht Arbeitsbereichen. Diese standen unter zehn Leitfragen (vgl. Anlage I).

Das Haus Kirchlicher Dienste befindet sich im Abschluss eines großen Wandlungsprozesses. Deshalb lag mir vor allen Dingen daran, nach Stärken und Schwächen, nach der Wahrnehmung der neuen Strukturen sowie den Zukunftsplanungen zu fragen. Einige der Eindrücke will ich mit der Synode teilen, da ja die Frage des Verhältnisses von gemeindlichen und übergemeindlichen Diensten hier immer wieder Thema ist und das HKD im Juni kommenden Jahres Schwerpunktthema sein wird. So können meine Anmerkungen vielleicht auf diese Diskussion ein wenig einstimmen.

2.1 Zur Strukturreform

Der genannte Reformprozess des HKD befindet sich in der Endphase. Zum 1. Januar 1998 war eine neue Ordnung des Amtes für Gemeindedienst in Kraft getreten. Der damalige Leiter, Pastor Schliep, hatte sich intensiv darum bemüht, die 18 Fachgebiete zu acht Arbeitsbereichen zusammen zu fassen. Die Herbst-Synode 1997 hat dieses Reformmodell diskutiert und insgesamt befürwortet. Auf einer Konferenz aller Referentinnen und Referenten im Februar 1998 wurde überlegt, wie mit der neuen Struktur die Zusammenarbeit unterschiedlicher Bereiche gefördert und das Gesamtprofil des Amtes für Gemeindedienst gestärkt werden könnte.

Mein Eindruck war, dass 1998 eine neue Ordnung des Amtes für Gemeindedienst zwar in Kraft trat, aber nicht wirklich Überzeugungskraft und Veränderung ausgelöst hatte. Als ich selber das Bischofsamt in unserer Landeskirche antrat, blieb für mich das Amt für Gemeindedienst lange Zeit ein relativ unüberschaubares Zusammenspiel der unterschiedlichsten Angebote. Sie alle kennen das: Sie erhalten Zusendungen und können eigentlich nicht zuordnen, wer was mit welcher Zielsetzung tut.

Unter der neuen Leiterin Dine Fecht wurde im Jahr 2000 zunächst ein Leitbildprozess durchgeführt. Aus diesem Leitbildprozess ging hervor, dass das Amt für Gemeindedienst sich als „Haus kirchlicher Dienste“ neu formieren sollte unter dem Leitbild:

**„Offen, erfahren und voller Ideen für Kirche und Gesellschaft.
Neues entdecken und gemeinsam erproben.“**

Mit einem großen Kraftakt wurde versucht, Kooperation, kollegiales Arbeiten, Zusammenwachsen unter diesem Leitbild anzuregen und zu fördern, den Bedürfnissen unserer Kirche als Dienstleistungsbetrieb entgegenzukommen. Dieser Prozess wird sehr unterschiedlich wahrgenommen: Einige begrüßen ihn, sehen die Entwicklung als außerordentlich positiv und fördern sie intensiv, insbesondere auch mit Blick auf die Diskussion in unserer Landeskirche um gemeindliche und übergemeindliche Dienste und ihr Verhältnis zueinander. In anderen Bereichen gibt es, wie es normal ist, Angst vor Veränderung: Am besten soll alles bleiben, wie es war, weil jede Erneuerung ja auch das Vergangene in Frage zu stellen scheint. Zum Teil gibt es daher erheblichen Widerstand gegen diese Reform. Alte Strukturen werden als Sicherheit und durchaus auch als Besitzstand wahrgenommen. Da sind Traditionen und Verbände entstanden, die nicht Teil eines größeren Ganzen sein wollen, da gibt es in der Folge bei allem Partizipationsbemühen bei manchen den Eindruck einer hierarchischen, von oben gelenkten „Zwangsstrukturreform“.

Einzelne Arbeitsbereiche empfinden allerdings inzwischen die Zusammenarbeit als äußerst hilfreich und kreativ. Das gilt auch für die übergreifenden Projekte wie etwa die Dekade „Gewalt überwinden“ oder das „Jahr der Bibel“, bei denen unterschiedliche Arbeitsbereiche gemeinsam ein Thema aufnehmen. Gerade der in den letzten Jahren neu entstandene Bereich „Projekte und Öffentlichkeit“ hat hierzu Entscheidendes beigetragen. Und es gibt auch neue Entdeckungen, etwa wenn Frauen- und Männerarbeit bei der Küsterfortbildung zusammenwirken.

Bei der Referentenkonferenz im Februar 2003 in Hermannsburg wurde offensichtlich, dass die Arbeitsbereiche des HKD einander gar nicht alle gut und intensiv kennen. Zudem arbeiten rund die Hälfte der Mitarbeitenden sozusagen im „Sprenge-laußendienst“ und fühlen sich eher abseits von den Diskussionen im Haus. So sind die verschiedenen Initiativen zur verbesserten Kommunikation (z. B. „Fahr-schule“) nur zu begrüßen. Zudem werden die neuen Impulse beispielsweise durch das geplante gemeinsame Erscheinungsbild klar vor Augen führen, dass unter einem Dach Verschiedenes zusammenkommt, was auch kooperieren kann und soll. Ich kann dem HKD nur dringend raten, einmal im Jahr eine solche Referentenkonferenz durchzuführen, die das Zusammenwachsen auf der Leitungsebene

intensiv fördern kann. Zudem wird der begonnene Qualitätsmanagementprozess die notwendige Bedarfsanalyse leisten.

Das Zusammenspiel von Spardiskussionen und Reformen löst manchmal weniger kreative Zukunftsvisionen als Angst vor der Zukunft aus. An vielen Orten habe ich eine klare Verunsicherung gespürt, durchaus auch durch die Diskussionen hier in der Synode. Letzten Endes aber wäre eine Reform des Amtes für Gemeindedienst zum Haus Kirchlicher Dienste meines Erachtens auch ohne Spardebatte notwendig geworden. Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen klar strukturiert Angebote wahrnehmen wollen. Straffung der Systeme, Klären des eigenen Profils, Entwickeln von Leitbildern, das ist notwendig, ob nun gespart werden muss oder nicht. Klar will ich sagen, dass mir daran liegt, übergemeindliche und gemeindliche Dienste nicht gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen Dienstleistung für Gemeinden. Wie soll beispielsweise eine Gruppe, die beschließt vor Ort einen Besuchsdienst aufzubauen, sich Materialien beschaffen, Rat, Erfahrung und Hilfe finden, wenn sie sich nicht an die Haushalterschaftsarbeit wenden kann? Bei solchen konkreten Beispielen wird immer wieder zugestimmt: Ja, das brauchen wir. Deshalb nutzt die Infragestellung der übergemeindlichen Dienste insgesamt niemandem. Ganz sicher kann vieles gestrafft werden, gibt es Anfragen, muss Reform stattfinden. Wir müssen klare Perspektiven entwickeln, frei nach dem Apostel Paulus:

„**Prüfet aber alles, und das Gute behaltet**“ (1. Thessalonicher 5, 21)

2.2. Arbeitsbereiche

Mit Blick auf die Arbeitsbereiche (vgl. Anlage II) gibt es meinerseits unterschiedliche Wahrnehmungen. Einzelne Arbeitsbereiche haben sich gut zusammengefügt, andere sind relativ unangetastet geblieben, wie etwa die Frauenarbeit, die für sich selbst ein Arbeitsbereich ist, andere sind sehr klein geworden, wie etwa die Arbeitsstelle für Kindergottesdienst, nachdem das Posaunenwerk nach Hildesheim überwechselt wird. Mit Blick auf die Zusammensetzung der Arbeitsbereiche erscheint mir daher der Reformprozess noch nicht ganz abgeschlossen. Meine Frage ist, ob nicht eine Gliederung in drei Bereiche letzten Endes sinnvoll wäre:

- Die Gemeinden unterstützende Fachgebiete
- Die Gemeindegliederung ergänzende Fachgebiete
- Arbeitsbereiche, die den Dialog mit außerkirchlichen Bereichen fördern.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Zu den **die Gemeinden unterstützende Fachgebiete** gehört die *Arbeitsstelle für Kindergottesdienst*. Die Dienstleistung für Gemeinden und die Förderung Ehrenamtlicher steht klar im Vordergrund, telefonische Beratung ist jederzeit möglich, innerhalb von 24 Stunden werden Materialien zu spezifischen Themen verschickt. Ehrenamtliche spielen ganz offensichtlich die Hauptrolle, ihre Verkündigungsarbeit vor Ort wird gezielt unterstützt.

Zu den **die Gemeinden ergänzenden Fachgebieten** gehört der *Kirchliche Dienst in Freizeit, Erholung und Tourismus*. Er erlebt eine ständig steigende Nachfrage bei gleichzeitiger personeller Reduktion. Der Tourismus als Wachstumsbranche bietet ein enormes Feld von Tätigkeiten, sei es auf Campingplätzen, an der Küste oder in Kurorten. Campingplätze fragen vermehrt an, auch etwa der Center Parc und nun auch der Heidepark Soltau. Gerade im Urlaub haben viele Menschen eine neue und große Offenheit für die Sinnfragen, für die Angebote unserer Kirche.

Zu den Arbeitsbereichen, die **den Dialog mit außerkirchlichen Bereichen fördern** will ich die *Arbeitsstelle für Islam und Migrationsfragen* nennen. Nicht jede Gemeinde kann den Dialog mit dem Islam führen, hier sind besondere Kompetenzen und Verbindungen notwendig. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass durch diesen Dialog auch wiederum eine Dienstleistung für Gemeinden entstehen kann.

Mir ist klar, dass dieser Blick auf die Dinge wiederum Verunsicherung auslösen könnte, und einzelne Arbeitsbereiche fürchten vielleicht wiederum, durch Veränderung der Struktur geschwächt zu werden. Wer aber inhaltlich ein klares Profil hat, für den wird die Zuordnung sekundär sein, das wurde in den Gesprächen immer wieder bestätigt. Klar ist, dass die Koordination noch deutlich gefördert werden kann.

2.3 Problemanzeigen

Drei Bereiche will ich kurz benennen (im offiziellen Visitationsbericht ist das ausführlicher möglich), in denen ich Probleme sehe:

Zum einen geht es um das Landesjugendpfarramt. Meine persönliche Wahrnehmung war, dass sehr unterschiedliche Kräfte im Landesjugendpfarramt nicht unbedingt kooperativ zusammen wirken. Zudem hatte ich den Eindruck, dass die Diskussionen vor allem um Strukturen kreisen und daher weniger die großen inhaltlichen Herausforderungen von Jugendarbeit heute bzw. die Dienstleistung für die Gemeinde vor Ort im Vordergrund stehen. Dies ist anders bei den Jugendverbänden eigener Prägung. Hier gibt es traditionelle Zielgruppen, die unmittelbar und vor Ort versorgt werden. Allerdings bleibt die Frage, ob es beispielsweise zwischen EC, VCP und CVJM stärkere Kooperation mit Blick auf Themenschwerpunkte o.ä. geben könnte.

Besonders diskutiert wurde in der Synode ja immer wieder die Schülerinnen- und Schülerarbeit. Dieser Schwerpunkt sollte in jedem Fall gestärkt werden. Viele Schulen suchen derzeit ihr eigenes Profil und fragen nach Gesprächen zwischen Schule und Gemeinde. Vielleicht kann dieser Arbeitsbereich auch stärker mit der Referentin für Schulfragen im Kolleg und dem RPI verknüpft werden.

Das Landesjugendpfarramt ist sich bewusst, dass ein Reformprozess dringend notwendig ist. Es kann nicht nur über Jugendliche sprechen, sondern muss mit Jugendlichen vor Ort arbeiten. Eine Analyse der Situation der Jugendlichen sollte einhergehen mit Dienstleistung für Jugendarbeit direkt und vor Ort. Der Landesjugendpastor wird von der Leitung des Hauses, Kuratorium und durchaus auch der Landeskirche insgesamt bei der Reform dringend unterstützt werden müssen. Jugendarbeit hat sich in den vergangenen 20 Jahren radikal in ihren Anforderungen

verändert. Diese Veränderungen müssen vom Arbeitsbereich IV dringend aufgenommen werden. Vielleicht kann das Schwerpunktthema „Jugendarbeit“ bei der Herbstsynode hierzu einen Beitrag leisten.

Zum anderen ist die Frage, wie die Zukunft des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) aussieht. Deutlich ist, dass er einen Innovationsprozess durchläuft. Es wird versucht, neue Fragen aufzugreifen, sich nicht ausschließlich als Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu sehen, sondern sich anzubieten beispielsweise für Dialoge in Betrieben, etwa zum Thema Unternehmenskultur und neue Dialogformen zu erproben.

Mit Blick auf das Profil des HKD gibt es in diesem Arbeitsbereich Befürchtungen, dass die eigene „Marke“ verloren gehen könnte und dadurch Irritationen bei den Partnerinnen und Partnern in der Wirtschaft entstehen. Das neue Design des KDA wird, so wird befürchtet, dem gemeinsamen Erscheinungsbild zum Opfer fallen. Dies gilt insbesondere für die neue Zeitschrift, auf die der KDA und der ganze Arbeitsbereich VI durchaus zu Recht stolz sind. Der KDA wird sich selbst aber auch noch stärker nach innen als Dienstleister für die Kirche, und nach außen (für Arbeitswelt und Wirtschaft) als Teil der Kirche erkennbar machen müssen. Wenn beispielsweise gesagt wird, dass bei angebotenen Andachten Bibeltexte keine Rolle spielen könnten, da dies befremdlich erscheinen würde, ist das ganz gewiss eine Problemanzeige (die allerdings auch selbst so wahrgenommen wird). Was ist das evangelische Profil des KDA, was ist unsere Aufgabe als Kirche mit Blick auf die Arbeitswelt, welche Bedeutung hat evangelische Spiritualität in diesem Bereich – Fragen, die intensiv erörtert werden müssen!

Schließlich ist nach der Ausrichtung des Dialogs von Kunst und Kirche zu fragen. Befürchtungen bestehen in diesem Bereich, dass durch das einheitliche Erscheinungsbild die eigene Erkennbarkeit, die „erarbeitete Adresse“ anonymisiert wird zu einem Dienstleistungsbetrieb. Bemängelt wurde außerdem, dass mit Blick auf das Zentrum in Hildesheim keine Kontakte zum Arbeitsbereich entstanden zu Fragen etwa von Tanz, Theater und Kunst, obwohl hier in diesem Arbeitsbereich zu diesen Themen Kompetenzen liegen. Gewünscht wird ein Beirat für das Thema Kunst, etwa auch mit Blick auf eine Entlastung für Konflikte vor Ort.

Der Arbeitsbereich Kunst und Kirche konzentriert sich allerdings sehr stark auf das Theaterprojekt „SCENA“. In diesem Zusammenhang gibt es heftige Diskussionen um den Dialogbegriff. Wie erkennbar muss eigentlich Kirche sein, wenn sie in den Dialog tritt? Genügt es, einen Kirchenraum zur Verfügung zu stellen, und ist das dann schon Dialog mit der Kunst? Diese Debatten werden in Zukunft intensiver geführt werden müssen. Ganz gewiss brauchen wir eine Kompetenz für den Dialog mit Kunstfragen. Allerdings wird um den Dialogbegriff gerungen werden müssen, und es ist die Frage, ob nicht gerade der Arbeitsbereich VII mit seinen Dialogangeboten hierfür eine gute Plattform bieten würde. Wie wird das evangelische Profil erkennbar?

2.4 Fazit

Vieles im HKD läuft hervorragend, ich konnte bei weitem nicht alles erwähnen. Zu denken ist an die Frauenarbeit, die Männerarbeit, die Arbeit mit Kirchenvorständen

u.v.a.m. In all diesen Bereichen werden Ehrenamtliche gezielt gefördert. Hauptamtliche wie Küster, Pfarramtssekretärinnen, Diakoninnen und Diakone werde im HKD begleitet und beraten. Oder denken wir an die Missionarischen Dienste, die Beratung von Zivildienstleistenden, die Umweltaarbeit – hier wird etwas geleistet, was Gemeinden so nicht leisten können, eine notwendige Ergänzung findet statt. Und die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, der Dialog mit Aussiedlern – all das sind Arbeitsgebiete, die Kontakte außerhalb der Kirche zur Grundlage haben.

Die Visitation des HKD hat mir selbst als Bischöfin nach knapp vier Jahren im Amt erstmals einen Gesamtüberblick über die angebotenen Dienstleistungen gegeben. Ganz deutlich ist mir geworden, dass der Koordinierungs- und Leitbildprozess dringend geboten war. An vielen Orten wurde seit vielen Jahren vieles sehr spezifisch, aber nebeneinander her praktiziert. So ist es durchaus ein Kraftakt, diese Innovation, diese Strukturveränderung durchzusetzen. Zwischen der Angst vor Vereinheitlichung und vor einem hierarchischen Prozess „von oben“ und der notwendigen Innovationskraft, der erforderlichen spezifischen Präsenz unserer Kirche in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern durch das HKD muss eine Balance gefunden werden. Eine m. E. sinnvolle Anregung ist, die Dienstverträge im HKD zeitlich z.B. auf 10 Jahre zu begrenzen. Ich bitte alle, die schon lange dort arbeiten, dies nicht als Abqualifizierung oder Infragestellung zu sehen, das habe ich bei ersten Äußerungen dieses Themas bereits erlebt. Viele haben sich lange und gut qualifiziert, ja hervorragend qualifiziert, und wir müssen in der Kirche auch schauen, wie diese Qualifikationen in einer guten Personalentwicklungspolitik in unserer Kirche anschließend wahrgenommen werden. Kommt aber jemand neu, kommt dieser Mensch mit frischen Impulsen, und das kann einem so großen Haus einfach auch gut tun.

Die Arbeit an Querschnittsthemen und die spezifische Qualifikation zugleich sind für unsere Kirche hilfreich. Viele dieser Dienstleistungen brauchen wir dringend, viele der spezifischen Kenntnisse auch. Ich selbst beispielsweise kann nicht die Expertin für Islamfragen, Judentumsfragen, Landwirtschaft, Arbeitswelt etc. gleichzeitig sein. Meines Erachtens ist es insgesamt gut, das HKD weiterhin zu straffen, ein klares gemeinsames Profil zu geben und den Reformprozess, den das Haus und das Kuratorium in den letzten Monaten vorangetrieben haben, weiter zu führen.

Ich bin überzeugt, wir brauchen ein Haus Kirchlicher Dienste, und zwar ein starkes und auf jeden Fall erkennbares HKD! Ein Dienstleistungsbetrieb ja, aber nicht nur für die Kirchengemeinden, sondern für unsere Kirche insgesamt, einen Ort, an dem spezifisches Wissen und spezifische Kontakte gepflegt werden, für die die Gemeinde vor Ort oft nicht die Kraft und auch nicht die Kompetenz hat. Die Visitation hat mir gezeigt, dass energisch an den notwendigen Reformen gearbeitet wird. Auf Ihren Tischen finden Sie nagelneu den Überblick über das HKD und das Spektrum der Materialien, Veranstaltungen, Vorträge und Beratungsangebote. Ich denke, das ist überzeugend, denn ganz gewiss ist ein klares äußeres Erscheinungsbild und auch ein klares evangelisches Profil der Arbeit notwendig. Wie in allen Bereichen unserer Landeskirche muss dieses Profil auch im HKD je neu und bewusst reflektiert werden. Dazu gehört auch die Frage nach der Bedeutung evangelischer Spiritualität in den unterschiedlichen Bereichen. Je klarer das Angebot, desto klarer die Nachfrage. So kann ich den Reformprozess nur unterstützen

und wünsche mir, dass das Haus Kirchlicher Dienste ein gemeinsames klares Profil findet, nach außen als Ganzes erkennbar wird, aber dabei Freiheit und Kreativität nicht einschränkt, sondern fördert.

3. EINZELPUNKTE

3.1. Reformdebatte

Am 2. Februar diesen Jahres wurde ein neuer Landtag gewählt, am 4. März wurde er eröffnet, der Ministerpräsident gewählt und das Kabinett vereidigt. Vorab gab es in der Marktkirche einen gut besuchten ökumenischen Gottesdienst. Ich denke, es ist in unserer Zeit bemerkenswert, dass alle Ministerinnen und Minister der evangelischen oder katholischen Kirche angehören, alle ihr Gelöbnis mit der Formel „so wahr mir Gott helfe“ bekräftigten und der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Kooperation mit den Kirchen ausdrücklich erwähnte. Die neue Landesregierung hatte einerseits einen guten Start, da sie mit Ruhe und Offenheit die anstehenden Fragen angegangen ist. Gleichzeitig sind die Probleme offensichtlich. Als Kirchen sollten wir die Reformdiskussion deutlich ermutigen und gleichzeitig für die Schwachen eintreten. Vor allem aber sollten wir die Frage der Verschuldung offensiv begleiten. Schuldenabbau ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.

In der Diskussionskultur zur Reform der Sozialsysteme insgesamt spielen sich problematische Mechanismen ab. Kaum ist ein Vorschlag auf dem Tisch, wird er von etlichen Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen zerfetzt. Gleichzeitig wissen wir alle, dass eine grundlegende Reform der Sozialsysteme notwendig ist. Die Einlassung von Präses Kock, Reformen seien notwendig, haben manche missverstanden, als „segne“ er die Agenda 2010 rundweg ab. Das war so nicht der Fall. Ich bin überzeugt, unsere Kirche muss insofern klar Position beziehen, als dass selbstverständlich auch die Reichen belastet werden müssen. Eine Vermögenssteuer kann nicht einfach ad acta gelegt werden und Höchstgehälter wie beispielsweise 6,9 Millionen Euro pro Jahr für den Vorstandschef einer Bank sind m. E. nicht vertretbar. Wir haben ganz klar zum Schutz der Schwachen zu stehen, wie es das Sozialwort von 1997 formuliert, in dem ja ein Armuts- und Reichtumsbericht gefordert wurde. Programme für Langzeitarbeitslose und der Erhalt der Jugendwerkstätten etwa sind für uns wichtige Eckpunkte. Gleichzeitig müssen aber auch Vorschläge auf den Tisch, wie Veränderung stattfinden kann, beispielsweise durch eine Steuerreform oder durch die Streichung von Subventionen (darunter in Zeiten des Wohnungsleerstandes wohl auch der Eigenheimzulage). Es wird für uns als Kirche darum gehen, Reformen zu unterstützen, die notwendig sind, dabei aber ganz klar darauf zu achten, dass diese Reformen nicht allein auf Kosten nur der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger diskutiert werden, sondern tatsächlich ein umfassenderes Konzept zugrunde liegt. Wir befürworten die notwendige Eigenverantwortung, aber sie muss in einer Balance mit dem Gemeinwohl stehen. Für eine echte Gesprächskultur, wie wir sie für die Zukunftsgestaltung unseres Landes dringend brauchen, sollten unsere Akademie, die Bildungsangebote, die Gemeinden selbst eintreten!

3.2 Krisenplan

Wiederum hat es im Bereich unserer Landeskirche den Vorwurf des sexuellen Übergriffs durch einen Diakon gegeben. Nachdem glaubwürdige Zeugenaussagen Betroffener vorlagen, wurde fristlos gekündigt. Ausdrücklich will ich die Konsequenz dieser Haltung befürworten. Unsere kirchliche Arbeit, vor allen Dingen die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen lebt vom Vertrauen. Deshalb darf es nicht ein einziges Anzeichen von Vertuschung oder Vernachlässigung solcher Vorwürfe geben. Wir müssen Jugendliche ermutigen, sexuelle Übergriffe unmittelbar anzuzeigen.

Allerdings hat sich auch dieses Mal wieder gezeigt, dass die Öffentlichkeit eher die Sichtweise des Täters als die Sichtweise der Opfer wahrnimmt. Mich hat das doch zutiefst irritiert. In geradezu aggressiver Weise wurden die Vertreterinnen und Vertreter unserer Kirche angegriffen, die für die Entfernung aus dem Dienst plädiert haben. Das hat für die Opfer die Lage noch wesentlich erschwert. Ich bin dankbar, dass wir in der Landeskirche eine ganz klare Linie haben, konsequent Anzeigen nachzugehen. Dabei wird selbstverständlich darauf geachtet, dass nicht leichtfertig mit Beschuldigungen umgegangen wird. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass es auch ungerechtfertigte Vorwürfe geben kann.

Im Nachgang zu diesem und dem vorangegangenen Vorfall haben wir mit Bischofsrat und Kolleg gemeinsam einen Krisenplan erstellt, der den Superintendentinnen und den Superintendenten zur Verfügung stehen soll. Dies halte ich für wichtig, damit wir möglichst klar in der Öffentlichkeit und innerkirchlich auftreten können. Dennoch liegt jede Situation anders. Der Schutz der Kinder und Jugendlichen muss allerdings für uns oberste Priorität haben.

3.3. Beteiligung: KDV und DSW

Grundsätzlich habe ich beschlossen, zur Zeit keine weiteren Schirmherrschaften oder Mitgliedschaften anzunehmen, da es keinen Sinn macht, Schirmherrin oder Mitglied zu sein, wenn kein eigenständiges Engagement möglich ist. In zwei Bereichen habe ich eine Ausnahme gemacht. Das eine ist der KDV (Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V.), der mich gebeten hat, die Präsidentschaft zu übernehmen. Es handelt sich um den Zusammenschluss der Organisationen für die Zivildienstberatung. Heinz Kloppenburg, Helmut Simon und Renate Schmidt waren hier meine Vorgänger. Renate Schmidt musste, als sie das Amt der für diesen Bereich zuständigen Ministerin übernahm, die Aufgabe der Präsidentin abgeben. Ich denke, es ist eine gute Tradition unserer evangelischen Kirche, sich für den Zivildienst stark zu machen.

Ein Leserbrief in der EZ fragte, ob dies nicht Bundeswehrsoldaten vor den Kopf stoßen könne. Es entspricht wohl der Vielfalt unserer evangelischen Kirche, dass wir nunmehr in Niedersachsen sowohl den Militärbischof der EKD in Bischof Krug haben, als auch mit mir die Präsidentin des KDV. Nicht nur ist der Zivildienst für uns in den diakonischen Einrichtungen beispielsweise von großer Bedeutung. Es geht auch grundsätzlich um das Recht auf Wehrdienstverweigerung, das bei weitem noch nicht in allen Staaten durchgesetzt ist. Auch ist mir wichtig, dass Zivil-

dienst nicht nur als Möglichkeit gesehen wird, dem Wehrdienst aus dem Wege zu gehen, sondern eine bewusste Entscheidung entsteht, die durch Beratung unterstützt wird (10.000 Menschen werden jedes Jahr beraten).

In diesen Tagen wird in der Politik die Frage der Wehrpflicht intensiv diskutiert, nachdem Bundesverteidigungsminister Struck erklärt hatte, diese Frage solle noch in diesem Jahr geklärt werden. Die Zentralstelle hat hierzu eine Argumentationshilfe verfasst, die mit einem Begleitbrief verschickt wurde, den ich als Präsidentin unterzeichnet habe. Das hat für etwas Aufregung gesorgt nach dem Motto: Käßmann fordert Ende der Wehrpflicht. In der Tat argumentiert der KDV von der Gewissensfreiheit her und diese ist am besten geschützt, wenn es keine Wehrpflicht gibt. Auch der Deutsche Bundesjugendring hat sich für ein Aussetzen der Wehrpflicht ausgesprochen. Mit der Argumentationshilfe ging es dem KDV vor allem darum, die Argumente aus der Erfahrung der Verbände, die Zivildienstleistende beraten, in die angesetzten Beratungen einzubringen. Sie sind vor allen Dingen mit der Verunsicherung durch die schwer kalkulierbaren Zeitabläufe und der Wehrungerechtigkeit konfrontiert, wenn von einem Jahrgang mit 430 000 jungen Männern deutlich unter 100 000 für den Grundwehrdienst gebraucht werden. (Das Diakonische Werk hat sich zur Wehrpflichtfrage selbst nicht geäußert, aber dringend Planungssicherheit für die jungen Männer angemahnt.)

Wie vielen anderen hat mir die Konzeption des „Bürgers in Uniform“ eingeleuchtet. Die Argumente der Zentralstelle, die ich ihnen als Anlage III in ihrer Kurzfassung anhängte (wer mag, kann die ausführliche Version gern bei Frau Neveling-Wienkamp abfragen), sind jedoch gewichtig. Wir werden diese Diskussion offen führen müssen nicht als Diskussion für oder gegen die Bundeswehr, sondern als Frage nach einer sinnvollen Zukunftsgestalt der Bundeswehr.

Zudem habe ich mich bereit erklärt, im Kuratorium der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung mitzuarbeiten. Dieses Thema liegt mir am Herzen, seit ich im Ökumenischen Rat der Kirchen an der Vorbereitung der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 beteiligt war. Ich denke, dass der Zugang zu Verhütungsmitteln für Frauen in aller Welt notwendig und wichtig ist. Die geschilderten Erfahrungen in Äthiopien bestärken mich darin. Inzwischen versuchen offensichtliche fundamentalistische Gruppierungen aus den USA Einfluss auf die Weltbevölkerungspolitik zu nehmen und Zugang zu Verhütungsmitteln zu verhindern. Dies halte ich für einen gravierenden Fehler. Es geht nicht nur um AIDS, was aber in sich schon ein gewichtiges Argument ist, sondern auch um eine verantwortliche Bevölkerungspolitik. Etwa 78.000 Frauen sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation jedes Jahr bei unsachgemäß durchgeführten Abtreibungen. Teenagerschwangerschaften nehmen auch in Deutschland zu. Etwa 38% der weltweit 210 Millionen Schwangerschaften pro Jahr sind ungeplant, rund 22% enden mit einem Abbruch. Keine Frau will 15 Kinder gebären, von denen sie etliche verhungern sehen muss. Verantwortung heißt auch verantwortliche Bevölkerungspolitik, Schutz vor HIV/AIDS, Sexuaufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln. Dies zu unterstützen ist meines Erachtens sinnvoll.

3.4. Adventskampagne

Mitten im Sommer möchte ich Sie an den Advent erinnern. Aber nicht, dass wir nun schon anfangen, ihn zu feiern! Am 6. Juni hat im Rathaus in Hannover ein Gespräch stattgefunden, an dem teilgenommen haben:

- der Deutsche Städtetag,
- der Deutsche Städte- und Gemeindebund,
- die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels,
- der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels,
- der Bundesverband Deutscher Schausteller und Marktkaufleute,
- der Deutsche Schaustellerbund,
- das Ver.di Landesbüro Bremen,
- die Deutsche Bischofskonferenz,
- das Kommissariat der deutschen Bischöfe,
- der Oberbürgermeister der Stadt Hannover,
- EKD
- und ich selbst für unsere Landeskirche.

Das Gespräch hat sich durchaus schwierig gestaltet. Gerade die Schaustellerverbände fühlen sich von den Kirchen angegriffen, die Einzelhandelsverbände haben nahezu von einer Drohung seitens der Kirchen gesprochen. Während die Schausteller darauf beharren, zumindest an den Orten, an denen es bereits Tradition ist, vor dem Totensonntag die Weihnachtsmärkte eröffnen zu können, verweisen die Einzelhandelsverbände auf die Freiheit des Marktes. Daraufhin kann ich nur entgegnen, wir werden Konsumentinnen und Konsumenten auffordern, im besten Sinne des Wortes „Politik mit dem Einkaufskorb“ zu machen. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat unser Anliegen unterstützt, indem es am 25.9.2002 erklärt hat: „Das Präsidium des Deutschen Städtetages hält die Initiative der Kirchen, mit den Weihnachtsmärkten erst nach dem Totensonntag zu beginnen, für unterstützenswert. Das Präsidium ist allerdings der Auffassung, dass eine solche Initiative um so mehr Erfolg haben wird, je stärker es gelingt, auch Betreiber von privaten, nicht auf öffentlichen Plätzen stattfindenden Weihnachtsmärkten sowie die Organisationen von Handel, Schaustellern und Arbeitnehmern mit einzubeziehen.“ Dafür bin ich dankbar.

Mir ist klar, dass wir unsere Adventskampagne langfristig anlegen müssen. Sie zeitigt aber durchaus erste Erfolge. So hatte das VW-Werk 2001 seine vier Schlothe wie Adventskerzen geschmückt und den ersten schon vor Totensonntag „angezündet“. Darauf hin ist ein Pastor mit unseren Materialien vorstellig geworden und die Beleuchtung wurde bis zum Montag nach Ewigkeitssonntag wieder abgeschaltet. In Hildesheim gab es Proteste, als der zentrale Weihnachtsbaum vor Totensonntag aufgestellt wurde. In Uslar haben katholische und evangelische Kirche gemeinsam erreicht, dass der bereits eröffnete Weihnachtsmarkt am Ewigkeitssonntag selbst geschlossen wurde. Und viele Einzelne an vielen Ort haben damit begonnen, durch Briefe, Gespräche und eigenes Einkaufsverhalten die Aktion zu unterstützen.

Zur Zeit überlegen wir, gleich nach den Sommerferien erneut anzufangen. Eine erste Postkarte ist entworfen, die einen Schwimmreifen auf wunderbarem kristal-

klarem Badewasser zeigt. In der Mitte ist ein Adventskranz mit vier Kerzen zu sehen unter der Überschrift „Sind wir noch zu retten?“ Ich finde das eine humorvolle Möglichkeit, gleich nach den Sommerferien unsere Kampagne wieder aufzunehmen. Dies Jahr beteiligen sich nicht nur die evangelischen Landeskirchen Baden, Bayern und Württemberg, sondern auch die von Berlin-Brandenburg.

3.5 Kontinuierliche Themen

Viele Themen, die ich in vorangegangenen Synoden aufgegriffen habe, beschäftigen uns weiterhin. Dazu einige Anmerkungen zum Schluss in aller Kürze.

3.5.1 Friedhofskultur

In meinem Bischofsbericht letzten November bin ich ausführlich auf die Friedhofskultur eingegangen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat inzwischen ein Gesetz verabschiedet, das Muslimen eine Bestattung im traditionell üblichen Leichentuch ermöglicht sowie ebenfalls das freie Verstreuen von Asche unter Auflagen an bestimmten Orten. Während wir Ersteres sicher befürworten können auch im Sinne von Beheimatung, halte ich Letzteres für hochproblematisch, da es die Privatisierung und Anonymisierung der Bestattung voran treibt. Dankbar bin ich allerdings, dass die so genannte „Urne im Bücherregal“ nicht zugelassen wurde (wenn auch ein Missbrauch bei der Aushändigung der Urne zum Verstreuen nicht auszuschließen ist). Die Gesichtspunkte, die ich im November ausgeführt habe, sind mir wichtig beispielsweise auch mit Blick auf den Kirchenkreis Soltau, wo die Kirche um Stellungnahme zu einem „Friedwald-Projekt“ gebeten wurde. Die vom Kirchenkreis gut formulierten Argumente greifen die entscheidenden Punkte auf: keine Anonymisierung, sondern der erkennbare Name des oder der Verstorbenen, öffentliche Erkennbarkeit und Zugänglichkeit, keine Kommerzialisierung. Gewiss, wir werden flexibler werden müssen auf unseren Friedhöfen. Das öffentliche Gedächtnis der Verstorbenen bei ihrem Namen aber gehört zu unseren Grundüberzeugungen. Ausdrücklich begrüßen möchte ich, dass in NRW nunmehr Tot- und Fehlgeburten unabhängig vom Geburtsgewicht auf einem Friedhof bestattet werden müssen, wenn ein Elternteil das will. Wie groß der Bedarf ist, zeigt beispielsweise ein Bericht aus Aurich, wo das Kreiskrankenhaus zum zweiten Mal eine Trauerfeier für Tot- und Fehlgeburten durchgeführt hat.

3.5.2 Würde im Alter

Durch einen Fernsehbeitrag wurde kürzlich der Vorschlag des katholischen Theologen Joachim Wiemeyer und des Sozialpolitik-Professors Friedrich Breyer öffentlich, medizinische Leistungen wie Herzoperationen oder Dialysen nur noch für Menschen unter 75 durch Krankenkassen zu übernehmen. Ich halte das nicht nur für zynisch, sondern mit dem christlichen Menschenbild in keiner Weise vertretbar. Ja, wir brauchen mehr Eigenverantwortung. Ich kann nicht mein Leben lange rauchen und dann die Tabakindustrie für meinen Lungenkrebs verantwortlich machen. Ja, nicht jede Therapie ist sinnvoll und es wird immer wieder eine Balance zwischen Heilungschancen und überflüssiger Therapie zu finden sein. Aber das Leben von Menschen ab einem gewissen Alter für nicht mehr therapiewürdig zu erklären, das ist Selektion.

3.5.3 Kopftuchstreit

Das Bundesverfassungsgericht befasst sich derzeit mit der Frage, ob die Pädagogin Fereshta Ludin als staatliche Lehrerin aufgrund ihres muslimischen Glaubens im Unterricht ein Kopftuch tragen darf. Während Frau Ludin darauf besteht, aus Glaubensgründen das Kopftuch tragen zu dürfen, hatte das Stuttgarter Ober-schulamt argumentiert, das Kopftuch könne die Kinder religiös beeinflussen. Nun gibt es hierzu auch in unserer Kirche unterschiedliche Auffassungen. Die einen argumentieren, das Verbot des Kopftuches könne auch andere religiöse Merkmale wie etwa das Kreuz am Revers ins Visier der Kritik ziehen. So würde ein Verbot des Kopftuches der Laisierung Vorschub leisten und die Schule zu einer Art religions-aseptischen Raum machen. Lehrkräfte müssten aber die Möglichkeit haben, sich kenntlich zu machen im Sinne der positiven Religionsfreiheit. Die andere Argumentation, erklärt, dass eine Vertreterin des Staates auch die Neutralität des Staates in Fragen der Religion darstellen müsse.

Meines Erachtens geht es hier nicht um rechtliche Gesichtspunkte oder um eine Frage der Toleranz gegenüber anderen Religionen in unserem Land, sondern um das Menschenbild unserer Verfassung und das Menschenbild meiner Religion. Jede Frau, die dies will, kann auf der Straße, beim Einkaufen, im Kino, ein Kopftuch tragen. Auch im Islam selbst allerdings ist das Kopftuch umstritten. Es gilt in der Tradition für Frauen ab der Geschlechtsreife als Pflicht, doch auch der Zentralrat der Muslime erklärt, das Nicht-Tragen bedeute keine Abkehr vom Islam. Was aber bedeutet es für Mädchen in einer Klasse, die nun gerade in ihren Familien durchgesetzt haben, dass sie kein Kopftuch tragen müssen, wenn ihre Lehrerin dieses trägt? Welches Menschenbild steht zudem dahinter, wenn Frau Ludin vor Gericht vorschlägt, sie könne „das Kopftuch als Schal (zu) tragen. Sollte eine andere Person herein kommen, könnte sie den Schal schnell über den Kopf ziehen.“ (SZ, 5.6.03), sie wolle ihre Haare „nicht zeigen, weil sie sich sonst schäme“. Diese Haltung spiegelt nicht das Menschenbild unserer Verfassung, das erklärt: Mann und Frau sind gleichberechtigt, es ist auch nicht das Menschenbild von Galater 3,28, das besagt, in Jesus sind die Unterschiede von Männern und Frauen aufgehoben.

Ich habe Frau Ludin in Stuttgart einmal kurz kennen gelernt. Sie ist eine sympathische Frau, die für ihr Sache kämpft. Das ist ihr gutes Recht und sie argumentiert auf eine Weise, die inzwischen viele überzeugt. Allerdings muss ich klar sagen, dass ich nicht sehe, wie im Rollenbild von Mann und Frau jener Gleichheitsgrundsatz des Staates, der für mich eine Freiheitsgrundlage ist, durch sie als Lehrerin repräsentiert werden kann, wenn so viel Angst spürbar ist. Der ehemalige niedersächsische Justizminister Pfeiffer hat darauf hingewiesen, dass die Errungenschaften der Gleichheit und damit der Gemeinschaft von Frauen und Männern in unserem Land durch eine Machokultur in vielen Zuwandererfamilien gefährdet werden könnte, die sich auch in Gewalt gegen Frauen und Kinder äußert. Ich bin mir bewusst, dass es nicht politically correct ist, das zu sagen. Aber ich hoffe, dass in der Repräsentanz dieses Staates Lehrerinnen, Richterinnen, Politikerinnen den Gleichheitsgrundsatz, der so lange erfochten wurde, auch eindeutig repräsentieren.

3.5.4 Feiertage

Am vergangenen Dienstag wurde berichtet, dass Minister Clement vorschlägt, gesetzliche Feiertage abzuschaffen, da diese angeblich die Konjunktur lähmten. Dieser These wurde postwendend durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung widersprochen. Auf die konjunkturelle Frage will ich aber gar nicht eingehen. Ich denke, hier geht es um eine kirchliche und eine soziale wie kulturelle Frage zugleich. Eher sollte ein Urlaubstag geopfert werden, als ein gemeinsamer Feiertag. Schon jetzt bröckelt unsere Gesellschaft auseinander. Neun Tage gibt es im Jahr, die bundesweit Feiertag sind, davon sechs kirchliche. Damit liegen wir mit Blick auf Europa am untersten Ende. Diese Feiertage sind wichtig als heilsame Unterbrechung des Alltags, als Zeit für die Familie, für die Begegnung mit Freunden, Zeit für Kultur und Zeit für Gott. Beim Buß- und Betttag haben wir viel zu zögerlich reagiert. Er fehlt nicht nur der Kirche, er fehlt unserem Land – ein Tag der Buße ist nicht immer gern gesehen, aber wichtig. Für die verbleibenden christlichen Feiertage sollten wir vehement eintreten, von Anfang an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.